



(Foto: Christian Mosar)

FRANÇOIS BAUSCH

"Wir können mehr Stimmen gewinnen"

woxx: *Bei der RTL-Wahldebatte letzte Woche haben Sie sich mit Kritik an der CSV zurückgehalten. War das taktisches Kalkül, nachdem laut Ilres-Umfrage 60 Prozent der Befragten eine schwarz-grüne Koalition befürworten?*

François Bausch: Nein, gar nicht. Das ist für mich eine Frage der Einstellung. Ich will mich von meinen politischen Gegnern unterscheiden, indem ich sage, was wir Grünen anders machen wollen. Und nicht dadurch, dass ich dauernd sage, wie schlecht die andern alles gemacht haben. Außerdem meine ich, dass die Menschen in Wahlzeiten wissen wollen, was die Parteien inhaltlich zu bieten haben.

Die Regierungsbeteiligung der Christlich-Sozialen scheint fast sicher. Die Frage ist vielmehr, wer wird der Koalitionspartner. Wie diskutieren die Grünen eine Zusammenarbeit mit der CSV auf nationaler Ebene?

Unser oberstes Ziel ist es, als Grüne stärker zu werden. Aus einer schwachen Position heraus gehen wir weder mit der CSV noch mit der LSAP in eine Koalition - sonst bekommen wir nachher nichts durchgesetzt. Wir diskutieren deshalb intern eigentlich nicht über fiktive Varianten und Präferenzen. Wir wollen das Dreier-Karussell Schwarz, Blau, Rot aufbrechen.

Heißt das, die Grünen haben keinerlei Ambitionen auf eine Regierungsbeteiligung?

Jedenfalls nicht um jeden Preis. Ich möchte keine Kompromisse schließen, bei denen unsere grüne Hand-

schrift nicht klar erkennbar ist. Sollten die Grünen stärker werden und eine Chance haben, eine Regierungsbeteiligung zu verhandeln, dann wird die erste Frage sein: Was können wir von unseren Ideen umsetzen? Das kann sehr unterschiedlich sein, je nachdem mit wem die Grünen verhandeln. Klar ist: Unser Hauptziel ist nicht, einen Ministerposten zu bekommen.

Sie waren Trotzlist und dann lange bei der LSAP. Laut einer internen Umfrage liegt die Zustimmung bei den Sozialisten zu einer rot-grünen Zusammenarbeit bei unter fünf Prozent. Ärgert Sie das?

Natürlich. Aber das hat damit zu tun, dass die LSAP für meine Begriffe jede gesellschaftliche Option aufgegeben hat. Gesetzt den Fall - und das ist ja noch völlig offen - die LSAP gewinnt bei diesen Wahlen viele Stimmen hinzu: Wenn sie dann aus einer geschwächten Position heraus mit der CSV eine Regierung bildet, muss sich die LSAP die Frage gefallen lassen, was das für ihre Ideen und Inhalte bedeutet.

Das müssen sich auch die Grünen in der deutschen Bundesregierung ...

Es ist für eine grüne Partei immer schwierig, wenn sie das erste Mal in die Regierung kommt. Natürlich sind die Erwartungen riesengroß. Viele können oft nicht verstehen, dass Politik viel Geduld, Hartnäckigkeit und Ausdauer erfordert. Die deutschen Grünen haben es in der ersten Legislaturperiode nicht fertig gebracht, ihre eigenen Erfolge nach außen deutlich zu machen.

Erfolge? Der mit grüner Zustimmung geführte Koso-

vo-Krieg war völkerrechtswidrig, der Atomausstieg halbherzig ...

Der Ausstieg aus der Atomenergie wäre ohne die Grünen nie gekommen. Auch die Förderung alternativer Energien hätte es ohne sie nicht gegeben. Natürlich würden die Grünen gerne mehr machen, aber sie sind nun mal in der Koalition. Fakt ist, dass dank der deutschen Grünen viele negative Entwicklungen zumindest blockiert werden konnten.

Das lag aber oft an der außerparlamentarischen Opposition.

Das stimmt. Eine grüne Partei kann, wenn sie in der Regierung ist, nur darauf hoffen, dass sie eine extrem kritische außerparlamentarische Opposition hat. Kritische Begleitung hilft einer Regierungspartei voranzukommen und die eigenen Ideen nicht aus den Augen zu verlieren.

Mal ehrlich, welche Chancen rechnet sich Déi Gréng bei den Wahlen aus?

Stimmungsbilder sagen uns ein Potenzial von rund 15 Pro-

zent Wählerstimmen voraus. Aber das sind Umfragen. Unsere Stammwählerschaft hat sich von anfangs sechs auf zehn Prozent erweitert. Wenn alles gut läuft, können wir vielleicht mehr Wähler gewinnen.

Warum?

Es ist das erste Mal, dass die Grünen geschlossen in die Wahlen gehen. 1999 hatten wir noch eine grüne Gegenliste. Das ist eine deutlich bessere Ausgangsposition. Ich meine, einen Teil der Stimmen, die uns Umfragen heute prognostizieren, hätten wir schon 1994 oder 1999 bekommen können - wenn wir damals nicht gespalten gewesen wären. Zudem haben die Grünen in der Chamber eine inhaltlich exzellente Arbeit gemacht. Und noch ein Punkt ist offensichtlich: Wir haben unsere Vorgehens- und Erscheinungsweise verändert und erreichen auch deshalb breitere Schichten.

Laut Europäischer Wertestudie ist der typische Grün-Wähler liberal und hat ein überdurchschnittli-

ches Einkommen. Sind die Grünen also doch die Partei der Öko-Yuppies?

Nein. Das ist weniger eine Frage des Einkommens als der Bildung. Die Umweltthematik, der Zusammenhang zwischen Umwelt und Wirtschaft ist extrem komplex. Sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen, ist nicht einfach. Umfragen zeigen, dass das Interesse an den Wahlen und Inhalten bei unserer grünen Wählerschaft am größten ist. Sicher muss es auch unser Ziel sein, den Sprachgebrauch zu vereinfachen. Das versuchen wir. Aber das ist nicht mit primitivem Populismus zu verwechseln.

Mit Robert Garcia und Renée Wagener gehen ausgerechnet die beiden Erstgewählten aus den zwei größten Wahlbezirken Süden und Zentrum. Beide sind zudem Alt-Grüne. Wer wird nun an die alten Werte erinnern?

Anfangs-Grüne sind sie sicherlich. Aber sowohl Robert Garcia als auch Renée Wagener haben immer einen Sinn für Pragmatismus gehabt - trotz klarer grüner Positionen. Wir haben über vieles kontrovers diskutiert. Viele ihrer Ideen sind zum grünen Allgemeingut geworden.

1999 gab es Knatsch ...

Ja, beim Kosovokonflikt gab es unterschiedliche Meinungen. Aber das war der einzige große Dissens in der Partei.

Neben dem Antimilitarismus war ein zentraler Punkt, mit denen die frühen Grünen angetreten waren, die Basisdemokratie. Auf euren Kongressen gewinnt man zunehmend den Eindruck, die aktive Partei beschränkt sich auf einige wenige.

Nur weil es auf unseren Kongressen nicht mehr so viele heftige Auseinandersetzungen gibt, heißt das noch lange nicht, dass wir nicht mehr streiten würden. Wir haben gelernt, Debatten gründlich vorzubereiten, das heißt, wir führen den Streit vor allem intern. Das Wahlprogramm beispielsweise haben wir über acht Monate in Arbeitsgruppen und Exekutivräten diskutiert. Dazu waren alle Mitglieder eingeladen.

Dann gibt es bei Déi Gréng also keinen Bausch-Kult, ähnlich der Joschkaisierung bei den deutschen Grünen?

Sicher bin ich präsenter als andere. Aber ich versuche mich so viel wie möglich mit der Partei auseinanderzusetzen. Ich bin überzeugt: Eine Person ist nur so stark wie die Gruppe, die hinter ihr steht. Im Übrigen hat es auch Entscheidungen der Partei gegeben, mit denen ich nicht einverstanden war. Man kann sich eben nicht immer durchsetzen.

Vergleicht man das Wahlprogramm 2004 mit dem von 1999, so hat Déi Gréng an Biss verloren. Vor allem traditionell linke Ideen wie die 35-Stunden-Woche sind verschwunden. Dafür ist eine schnelle Eingreiftruppe auf europäischer Ebene auch für die Grünen kein Tabu mehr. Das klingt nach

Zugeständnissen an die bürgerlich-liberale Mitte.

Das stimmt nicht. Die Grünen haben lange Zeit Grundsatzzprogramm und Wahlprogramm verwechselt. Sie haben auf Wahlkongressen immer so diskutiert, als wäre der bloße Fakt, dass etwas im Wahlprogramm steht, schon eine Form der Umsetzung. Es macht keinen Sinn, utopische Forderungen in ein Wahlprogramm zu schreiben, das lediglich fünf Jahre gilt. Das führt nur dazu, dass wir uns im Wahlkampf angreifbar machen.

Die Diversifizierung ist in aller Munde, von CSV bis Déi Gréng. Ihre Partei setzt vor allem auf umweltfreundliche Technologien. Reicht das aus, um Luxemburgs Wirtschaftskrise zu beheben?

Nein, sicherlich nicht. Wir brauchen eine genaue Bestandsaufnahme von den Stärken und Schwächen des luxemburgischen Standortes. Darauf muss eine Strategie aufbauen. Was jedenfalls nicht passieren darf: einfach blind irgendwas hier anzusiedeln. Es ist langfristig wertlos, eine Firma wegen der günstigen Steuern ins Land zu holen, wenn diese irgendwann in ein Land mit niedrigeren Steuersätzen umzieht. Uns interessieren Märkte, für die auch Hochlohnländer Exportgüter herstellen können. Umwelttechnologien und erneuerbare Energien gehören sicherlich dazu. Wegen der Verknappung von Erdöl, aber auch wegen der CO₂-Problematik wird die Nachfrage nach diesen Technologien in den nächsten 30 Jahren enorm steigen. Aber selbstverständlich ist das nicht die Lösung sämtlicher Probleme unseres Arbeitsmarktes.

Déi Gréng setzt sich zudem für eine ökologische Steuerreform ein. Wie soll die aussehen?

Der Produktionsfaktor Arbeit ist zurzeit extrem benachteiligt gegenüber dem Faktor Ressourcen. Wir versuchen mit der Ökosteuer einen Ausgleich zu schaffen. Zudem wollen wir weg von der End-of-pipe-Politik. Im Moment schaden wir mit unserer Wirtschafts- und Lebensweise relativ bedenkenlos der Umwelt - und bezahlen hinterher große Summen, um die Schäden zu beheben. Sinnvoller ist es doch, den Preis für Umweltgüter zu erhöhen und das Geld für andere Dinge wie etwa die Krankenversicherung oder den Erhalt unseres Rentenniveaus auszugeben. Eine solche Steuerreform, die sozial ausgestaltet sein muss, darf aber nicht von oben herab diktiert werden, sondern muss mit allen wichtigen Akteuren verhandelt werden. Wichtig ist, dass bald etwas passiert. Denn wenn wir heute nicht vertiefte Reformen machen, werden wir in zehn oder zwanzig Jahren gezwungen sein, noch drastischere Maßnahmen zu ergreifen.

Ines Kurschat